

Bürgerinitiative Umweltschutz fordert Ende der Atomenergie

BUO kritisiert Subvention von Kernreaktoren / Regenerative Energien als Alternative
11. März 2016

1 / 1

© Michael Müller



Immer wieder demonstrieren Bürger gegen das Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim - wie hier im Januar 2013.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Offenburg (BUO) hat zum fünften Jahrestag der Nuklearkatastrophe von Fukushima den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie gefordert. Die Sorge der Aktivisten gilt insbesondere dem störanfälligen Kernreaktor im elsässischen Fessenheim. Dieser sei eine Bedrohung für die Menschen in der Region, heißt es in einer Pressemitteilung der BUO.

Atomkraftwerke und Brennelement-Fabriken müssten sofort stillgelegt werden, forderte die Initiative. Bei einem Überschuss von 50 Milliarden Kilowattstunden Strom, der ins Ausland verkauft würde, sei das kein Problem. Die Umweltschützer kritisierten, dass die Europäische Union Atomkraft fördere, indem sie den britischen Kernreaktor »Hinkley Point« subventioniert.

Teurer Atomstrom

Stattdessen sollten klimafreundliche Alternativen wie Solar- und Photovoltaikanlagen, Windkraft- und Blockheizkraftwerke verstärkt gefördert werden. An den Jahrestagen der Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl werde die BUO zum Gedenken und zur Mahnung am Spitalspeicher ein Transparent entfalten.

Am 11. März 2011 erschütterte ein Erdbeben das Atomkraftwerk im japanischen Fukushima. Ein Tsunami überschwemmte die Anlage, es kam zu einem Super-Gau von drei Reaktoren. Das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz errechnete laut BUO aufgrund der Laufzeiten aller Atomkraftwerke weltweit und der Kernschmelzen seit 2012, dass ein solcher Super-Gau einmal in zehn bis 20 Jahren auftreten könne.

In Westeuropa, wo besonders viele Atommeiler stehen, wären demnach bei einer Kernschmelze 28 Millionen Menschen betroffen. Wie real diese Berechnung ist, zeige sich bei dem erst jetzt bekannt gewordenen Störfall im Atomkraftwerk Fessenheim vor zwei Jahren.

Rückstände im Wald

Atomstrom komme den Menschen teuer zu stehen, unterstrich die BUO. Wegen der Umwelt- und Gesundheitsgefahren beim Abbau von Uran musste Thüringen sechs Milliarden Euro aufwenden, um die Schäden durch den Abbau zu minimieren. Weltweit sterben Tausende Männer beim Uranabbau.

Viele Studien belegten, dass in der Nähe von Atomkraftwerken eine erhöhte Leukämierate besonders bei Kindern nicht ausgeschlossen werden könne, heißt es in der Mitteilung. 30 Jahre nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl seien noch Rückstände in den hiesigen Wäldern feststellbar. Zudem vergrößere sich mit jedem Betriebstag eines Reaktors die Menge radioaktiven Abfalls.

Autor: red/muk Quelle: Mittelbadische Presse - Baden online